

WIRTSCHAFT

Die Wirtschaftspolitik besteht zunächst darin, die dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden zuzuweisenden Ziele festzulegen und dann die für die Wirtschaftstätigkeit in Betracht zu ziehenden staatlichen Eingriffe zu definieren.

Die Politiker setzen sich traditionell die Ziele Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit zu. Aber die gleichzeitige Verfolgung dieser drei Ziele hat sich oft als zutiefst dichotomisch erwiesen, wie die Bekämpfung der Inflation durch die SNB und das Streben nach Vollbeschäftigung durch den Bund und die Kantone. Daraus ergibt sich ein ständiger Schiedsspruch, in diesem Fall wird der Preiskontrolle auf Kosten der Vollbeschäftigung Vorrang eingeräumt.

Auf der Grundlage der unter dem Vorschlag für das allgemeine Grundeinkommen beschriebenen Analyse der Zukunft der Arbeit werden die strukturellen Ziele jedoch auf zwei Ziele beschränkt und festgelegt:

- **Soziale Gerechtigkeit**
- **Wirtschaftlicher Abschwung**

Um dies zu erreichen, müssen jedoch einige der folgenden öffentlichen Maßnahmen grundlegend umgestaltet werden:

- **Strukturpolitik:** Strukturpolitik verkörpert tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft bereits jetzt, aber in einem langfristigen Prozess: Die Übernahme der Währungskontrolle durch den Staat, die Einführung der Mikrosteuer, Rentenreform, ökologischer Übergang, universelles Grundeinkommen und verstärkte Unterstützung der Freiwilligentätigkeit sind die Säulen dieser Strukturpolitik.
- **Politik der Ressourcenallokation:** Traditionell haben liberale Parteien die Vorzüge des Privateigentums zum Dogma erhoben. Im Gegensatz dazu lehnten die sozialistischen Bewegungen privates Eigentum ab, das als «*Eigentum ist Diebstahl*» bezeichnet wird. Wir sind der Ansicht, dass Privateigentum auf individueller oder persönlicher Ebene eine gute Sache ist. Der Besitz von Wohnraum und der Erwerb eines Teils der Gesellschaft, in der man arbeitet, sind Ziele *der Demokratisierung des Eigentums*, die stark gefördert werden müssen. Im Gegensatz dazu, und die Pandemie hat dies offenkundig gezeigt, darf Privateigentum nicht nur zu einem Dogma gemacht werden, wie es die Liberalen tun, sondern das öffentliche Eigentum ist in vielen Bereichen ebenso wertvoll: So hat zum Beispiel die Privatisierung der Stromversorgung und des öffentlichen Verkehrs den Verbrauchern keinerlei Vorteile gebracht. Im Gegenteil, diese Waren und Dienstleistungen sind einfach teurer. So sehen wir im Bereich der **Infrastrukturen** die teilweise oder vollständige *Entprivatisierung* von Waren und Dienstleistungen vor, die in einem Netz organisiert sind, wie die Verteilung von Strom, Gas, Telefonie, öffentlichen

WIRTSCHAFT

Verkehrsmitteln, sowie alle Unternehmen, welche von strategischer Bedeutung sind für das Land.

- **Wettbewerbspolitik:** Liberale Parteien werben für den Liberalismus auf dem Markt für Waren und Dienstleistungen. Aber ihr Motto ist nichts weiter als ein Schwindel, denn sie haben seit Jahrzehnten nichts unternommen: Die Schweiz ist sehr stark kartelliert und deshalb zahlen wir für die meisten verkauften Waren und Dienstleistungen viel zu viel. Die Konzentration von Unternehmen, die zu Oligopolen (begrenzte Zahl von Anbietern) oder sogar Monopolen führt, verstärkt auch den Preisanstieg. Jeder Markt muß sorgfältig analysiert werden, und wenn das Interesse der Verbraucher es gebietet und das nationale Interesse nicht gefährdet wird, müssen mutige Schritte im Sinne einer Zerschlagung dieser Kartelle unternommen werden; eine Preisobergrenze oder die Öffnung der Märkte gegebenenfalls mit dem Ausland.
- **Währungspolitik:** Der Staat muss die Kontrolle über seine Währung wiedererlangen. Daher ist eine Reform der Schweizer Nationalbank erforderlich. Sie erfordert eine verstärkte Kontrolle und Intervention der Rolle des Bundes im Bankwesen des Landes.
- **Steuerpolitik:** Da die Verteilung des Wohlstands durch Kapital im Laufe der Zeit zu Lasten der Verteilung durch Arbeit zunimmt, muss Kapital statt Arbeit besteuert werden. Die Mikrosteuer ist die Steuer, die diesen Paradigmenwechsel verkörpert. Mit der schrittweisen Abschaffung der Einkommensteuer steigt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und der Unternehmen erheblich und nachhaltig an.
- **Handels- und Industriepolitik:** Der Bund soll eine zentralisierte Task Force zur Beobachtung und zum Handeln, zur Innovationsförderung der KMU, zur Unterstützung des Exports, zur Aufrechterhaltung oder Stärkung der Selbstversorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die für das Land wesentlich sind.
- **Beschäftigungspolitik:** Der Bund soll mit Unterstützung der Kantone die Lohnerhöhungen unterstützen. Er muss in diesem Bereich eine aktive und motivierende Politik betreiben. Der Bund soll die Unternehmen auch ermutigen, die Gewinnbeteiligung zu entwickeln und einen gesetzlichen Rahmen für die Einführung der Mitbestimmung in Unternehmen einer bestimmten Größe festzulegen. Schließlich bietet die Aufwertung der Freiwilligentätigkeit ein großes Beschäftigungspotential, das auch durch Subventionen gefördert werden muss.
- **Wohnungspolitik:** Das derzeitige System der Anfechtung der ursprünglichen Miete oder der Ablehnung einer Mieterhöhung ist abschreckend, da der Mieter dann mit seinem Vermieter in Konflikt gerät. Er ist auch ineffizient, da selbst eine IWF-Studie aus dem Jahr 2021 die Schweizer Mieten im europäischen Vergleich für zu hoch hält. Die Mietlast liegt bei etwa 20% des Einkommens, aber immer mehr Mieter müssen 30 bis 40% tragen.

WIRTSCHAFT

Daher muss das System durch eine automatische Anpassung (an Erhöhungen oder Senkungen) der Mieten an den Referenzhypothekensatz ergänzt und ein System der administrativen Kontrolle der Mieterhöhungen eingeführt werden, wie es in der Schweiz von 1946 bis 1970 üblich war. Genf, Waadt und Basel-Stadt wenden sie bereits auf Mietzuschläge nach Umbauten an. Der sozialistische Nationalrat und Rechtsanwalt Christian Dandrès erklärte dazu: « *Der Vermieter legt der Verwaltung mit dem Antrag auf Baugenehmigung ein Formular vor, anhand dessen die beihilfefähigen Mieten nach den Bauarbeiten berechnet werden können. Diese Berechnung basiert auf der Rechtsprechung des Bundesgerichts zu Mieterhöhungen für Wertzuwächse. Die Verwaltung prüft die Gültigkeit der Preiserhöhungen im Vorfeld anstelle des Richters. Diese Kontrolle wird somit für alle Mieter des Gebäudes und nicht nur für diejenigen ausgeübt, die über die Mittel und die Energie verfügen, ihren Vermieter vor Gericht zu stellen. Die Kontrolle erfolgt automatisch* ».

- **Nach der Pandemie-Wiederbelebungspolitik:** Es ist bedauerlich, dass die Unterstützung des Bundes für die Pandemie sich eher als knauserig erwiesen hat: Die 80%igen Abfindungen bei Arbeitszeitverkürzung haben den Arbeitnehmern einen nicht unerheblichen Teil ihres Arbeitsentgelts verloren. Das gleiche gilt für die Unterstützung der Unternehmen: Überbrückungsdarlehen wurden vom Bund übernommen, um den KMU eine sofortige Liquiditätshilfe zu leisten und die Zahlung der Fixkosten sicherzustellen. Zwar scheinen Korrekturmaßnahmen im Bereich der Kurzarbeitsentschädigungen schwierig zu sein, doch ist es nicht zu spät, zumindest bestimmte Überbrückungsdarlehen in nicht rückzahlbare Beihilfen für die am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige wie Gastgewerbe, Hotelgewerbe, Fremdenverkehr, Sport und Kultur zu gewähren.